

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Sonderprüfung

Landesausstellung 1998 und 2000

Bericht

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4015 Linz, Schubertstraße 4, Postfach 17
Telefon: #43(0)732-7720/1426
Fax: #43(0)732-7720/4089
E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4015 Linz, Schubertstraße 4, Postfach 17
Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im August 2001

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	2
Allgemeines	4
<i>Stellenwert von Landesausstellungen in der öö. Kulturlandschaft</i>	<i>4</i>
<i>Ziele und Zielerreichung der Landesausstellungen 1998 und 2000</i>	<i>6</i>
Landesausstellung 1998.....	6
Landesausstellung 2000.....	7
<i>Organisation und Abwicklung der Landesausstellungen</i>	<i>9</i>
Kosten und Finanzierung der Landesausstellungen 1998 und 2000	10
<i>Landesausstellung 1998</i>	<i>10</i>
Kosten	10
Finanzierung.....	11
Einnahmensituation.....	12
<i>Landesausstellung 2000</i>	<i>13</i>
Kosten und Finanzierung.....	13
Einnahmensituation.....	14
Detailfeststellungen zum Landesausstellungsprojekt 2000 und zu einzelnen Projekten der Landesausstellung 1998	15
<i>Nachnutzungsproblematik</i>	<i>15</i>
<i>Auftragsvergaben</i>	<i>17</i>
<i>Problematische Finanzsituation einzelner Projektbetreiber</i>	<i>17</i>
Zusammenfassende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Landesausstellungen	18

Der Oö. Landesrechnungshof hat über Auftrag des FPÖ-Landtagsklubs vom 29.1.2001 eine Sonderprüfung im Sinne des § 4 Abs. 3 Z. 4 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF. vorgenommen. Der Auftrag lautete auf Prüfung der

„Kosten, Wirtschaftlichkeit sowie möglicher und tatsächlicher Folgenutzungen von Einrichtungen der Landesausstellungen 1998 und 2000“.

Die **Landesausstellung 1998** mit dem Titel „Land der Hämmer - Heimat Eisenwurzen“ wurde vom Verein Eisenstraße Oberösterreich initiiert, von der Landeskulturdirektion organisiert und von Univ. Prof. Dr. Sandgruber (Johannes-Kepler-Universität Linz) wissenschaftlich betreut. Die Ausstellung erstreckte sich über das Gebiet von 23 Gemeinden im südöstlichen Oberösterreich und bot dem Besucher als Hauptattraktion das aktive Erleben der mit dem eisenverarbeitenden Handwerk (Industrie) verbundenen Traditionen. Neben den Gemeinden waren auch verschiedene Vereine, Privatpersonen und Firmen in die Organisation und Abwicklung der Ausstellung eingebunden.

Die **Landesausstellung 2000** trug den Titel „Zeit - Mythos - Phantom – Realität“ und wurde im restaurierten Minoritenkloster in Wels präsentiert. Die Renovierung des Minoritenklosters (Planung - Bauleitung - Abrechnung) wurde von der Stadt Wels übernommen. Die Landeskulturdirektion zeichnete für die Organisation der Ausstellung verantwortlich und war für die ausstellungstechnische notwendigen Innenausbau- und Adaptierungsarbeiten sowie die Ausstellungseinrichtung Auftraggeber und Zahler. Die wissenschaftliche Betreuung wurde unter der Leitung von Univ.Doz. Dr. Müller-Funk wahrgenommen. Außerdem war das Ars Electronica Center Linz mit maßgeblichen Projekten in die Ausstellung eingebunden. Zeitgleich zur Hauptausstellung wurden im Bundesland an mehreren Standorten Parallelveranstaltungen (z.B. „Zeitreisen“, „Wir und die Zeit“) angeboten.

Im Zusammenhang mit der Kostenermittlung ergab sich wegen der stark dezentralen Struktur der Landesausstellung 1998 ein Erhebungsproblem, da von der Landeskulturdirektion keine Zusammenstellung der Kosten- und Finanzierungsbeiträge für das Gesamtprojekt vorgelegt werden konnte. Die Landesausstellung 1998 wurde nämlich zum einen aus dem Pflichtansatz bezahlt (eigene Aufträge) zum anderen durch Förderungen an Einzelprojekte von Gemeinden und Vereinen mitfinanziert. Dazu kommen Förderungen anderer Abteilungen des Landes OÖ, des Bundes und Eigenmittel der Betreiber, worüber es keine zentralen Aufzeichnungen gab. Der LRH beschränkte sich daher auf die Erhebung jener Kosten und Finanzierungsbeiträge, die dem Land Oö. unmittelbar erwachsen sind und klammerte Kosten und Finanzierungsbeiträge des Bundes, der Projektbetreiber, der Gemeinden und privater Einrichtungen, welche nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu ermitteln gewesen wären, aus der Kostenbetrachtung aus.

Die Prüfung wurde in der Zeit vom 19.3.2001 bis zum 13.8.2001 (mit Unterbrechungen) und einem Gesamtaufwand von 176 Personentagen abgewickelt. Das Prüfungsteam setzte sich aus Herrn Ronald Gruber (Prüfungsleiter), Reinhard Bauer, Josef Binder, Dr. Werner Heftberger, Martin Mühlbacher und Frau Barbara Spindelbalker zusammen.

Kurzfassung

(1) Die in Oberösterreich seit 1965 veranstalteten Landesausstellungen verfolgten bisher als Hauptziele die Denkmalpflege, Volksbildung, landesgeschichtliche Forschung und aus regionalpolitischer Sicht auch die Wirtschafts- und Tourismusförderung. Landesausstellungen genießen in der oö. Kulturlandschaft einen hohen Stellenwert, da nach herrschender Auffassung kein anderes Instrument bei gegebenem Mitteleinsatz einen ähnlich hohen Wirkungsgrad aufweist. Es liegen Detailplanungen und strategische Überlegungen für einzelne Ausstellungen bis zum Jahr 2010 in loser Form vor. In Anbetracht des hohen Stellenwertes vermisste der LRH aber eine Zusammenführung dieser Einzelüberlegungen zu einem strategischen Gesamtkonzept, in dem die Themen- und Standortwahl nach denkmalpflegerischen, wissenschaftlichen und förderungspolitischen Gesichtspunkten festgelegt sind.

(2) Auch die dem LRH erkennbaren Kriterien für die Themen- und Standortauswahl einer Landesausstellung („keine Ausstellung darf der anderen inhaltlich, historisch und territorial gleichen“) erschienen dem LRH zu wenig dokumentiert und waren schwer nachvollziehbar.

(3) In Bezug auf das Zieldreieck „Denkmalpflege – Wissen/Bildung – Wirtschaft/Tourismus“ war der Zielerreichungsgrad der Landesausstellungen 1998 und 2000 unterschiedlich zu bewerten:

Bei der Landesausstellung „Land der Hämmer“ 1998 war das Gewicht dieser drei Ziele sehr ausgewogen. Nach Ansicht des LRH wurden sie auch optimal erreicht.

Die Landesausstellung „Zeit – Mythos – Phantom – Realität“ 2000 in Wels konzentrierte sich auf die Denkmalpflege und die wissenschaftliche Aufarbeitung eines abstrakten Themas anlässlich des Jahrtausendwechsels. Der Veranstaltungsort Wels ist im Vergleich zu anderen Regionen Oberösterreichs strukturell hoch entwickelt. Daher standen wirtschaftliche Impulse nicht im Vordergrund der Ausstellungsziele. Mit dieser Ausstellung wurden nicht alle Ziele des Zieldreiecks in gleicher Weise verfolgt und erreicht. Ihr Wirkungsgrad war aus der Sicht des LRH niedriger als bei „Land der Hämmer“.

(4) Die Landesausstellungen wurden von einem kleinen und erfahrenen Mitarbeiterstab in der Landes-Kulturdirektion nach den politischen Vorgaben organisiert und abgewickelt. Dies wirkte sich positiv auf die Kostenstruktur einer Landesausstellung aus, hatte aber auch negative Aspekte verursacht durch Termindruck und die verschiedenen Finanzierungsformen:

- mangelnde Dokumentation der sich überschneidenden Organisationsabläufe und eine schwer nachvollziehbare Systematik in der Aktenführung*
- bei Personalausfällen besteht die Gefahr, dass das Informationsmanagement nicht mehr in vollem Umfang funktioniert*
- es gab keine Gesamtevaluierung der Landesausstellungs-Projekte; durch eine solche hätte der Erkenntniswert für Folgeausstellungen noch wesentlich gesteigert werden können*

(5) Die Landesausstellung 1998 kostete dem Land Oö. rd. S 181 Mio., die Landesausstellung 2000 rd. S 158 Mio. Damit konnte neben der eigentlichen Landesausstellung auch ein hohes Investitionsvolumen in denkmalwürdiger und wirtschaftlich relevanter Bausubstanz

initiiert werden. Die Eintrittserlöse und sonstigen Einnahmen aus dem laufenden Betrieb waren im Verhältnis zu den Kosten von völlig untergeordneter Bedeutung. Die hohen Kosten der Landesausstellungen sind nach Ansicht des LRH jedoch durch die schwer messbaren bildungspolitischen und volkswirtschaftlichen Umweffekte sowie den gesellschaftlichen Gegenwert der Erhaltung von Denkmälern und deren Erschließung für breite Kreise der Bevölkerung zu rechtfertigen.

Die dezentrale Struktur der Landesausstellung 1998 (viele Einzelprojekte bzw. Förderungsempfänger) machte die Gesamtkostenerhebung für den LRH äußerst aufwändig. Eine zentrale Kostenverfolgung hätte die wirtschaftliche Gebarungsführung begünstigt und einen jederzeitigen Kostenüberblick gewährleistet.

(6) Der LRH beurteilte das Landesausstellungsprojekt 2000 und ausgewählte Einzelprojekte aus der Landesausstellung 1998 in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit zusammenfassend wie folgt:

- *Die Aufarbeitung des sehr abstrakten Themas „Zeit“ verlangte ein hohes Maß an Koordinierung zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern und der Ausstellungsgestaltung. Diese Koordinierung war mangelhaft, da der wissenschaftliche Leiter der Ausstellung vorzeitig an eine Universität ins Ausland abberufen wurde. Dadurch ergaben sich bei der permanenten Projektentwicklung im Bereich Inhalt und Präsentation häufige Änderungen, welche für einen ressourcenschonenden Projektablauf nicht förderlich waren.*
- *Die Folgenutzung einiger Projekte war bis zum Prüfungszeitpunkt (Mitte Juni 2001) noch immer nicht eindeutig geklärt (z.B. Reithofferwerke Steyr, Lokschuppen Klaus) bzw. lag kein ausgereiftes Nachnutzungskonzept vor (z.B. Veranstaltungsbereich Minoritenkloster Wels, Wahlmühle in Sierning).*
- *Bei der Mehrzahl der überprüften Landesausstellungsprojekte 1998 war erkennbar, dass Aufträge durch die jeweiligen Projektbetreiber tendenziell an ortsansässige Anbieter teilweise ohne Ausschreibung vergeben wurden.*
- *Eine mangelnde Erfahrung in der Projektplanung und effizienten Projektabwicklung mancher Projektbetreiber trug zu deren prekärer Finanzsituation bei (z.B. Kulturverein Heimatpflege Ternberg-Trattenbach, Verein Kulturinitiative Glück auf – Unterlaussa).*
- *Aus der Sicht des LRH wurde das an sich ausgereifte Ausstellungskonzept für die Landesausstellung 1998 durch nachträgliche Hereinnahme von 2 weiteren Projekten ohne zwingenden Grund abgeändert. Diese neuen, in Summe wesentlich teureren Projekte traten an die Stelle eines nicht realisierten Projektes. Beide Projekte hatten nur einen mittelbaren Bezug zur Ausstellungsthematik. Das zweite Projekt war außerdem kontraproduktiv, als es gratis besucht werden konnte und damit in starke Konkurrenz zu anderen Ausstellungsprojekten trat.*

(7) In Hinkunft könnten durch die Veranstaltung bundesländer-übergreifender Ausstellungen Synergien z.B. im Marketing genutzt und Kosten eingespart werden. Durch die Ausweitung des Einzugsgebietes würde auch eine größere Zielgruppe angesprochen werden, wodurch der Wirkungsgrad der Ausstellung sowohl in wirtschaftlicher als auch in pädagogischer Hinsicht gesteigert werden könnte.

Allgemeines

Stellenwert von Landesausstellungen in der öö. Kulturlandschaft

- 1.1. Den Landesausstellungen, die seit 1965 veranstaltet werden, wurde in Oberösterreich bislang ein hoher kultureller Stellenwert beigemessen. Fand in den 70er und 80er-Jahren noch jährlich eine Landesausstellung statt, wurde das Ausstellungsintervall 1991 auf einen 2-jährigen Rhythmus umgestellt. Als Grund dafür gab die Landeskulturdirektion nicht ein Abflauen des Interesses, sondern vielmehr die gestiegene Erwartungshaltung der Bevölkerung an die Qualität und Aufbereitung einer Landesausstellung, den damit verbundenen, wesentlich höheren Planungs- und Gestaltungsaufwand und die dadurch bewirkten viel höheren Kosten an. Das 2-jährige Ausstellungsintervall ist also im Interesse einer intensiven Vorbereitung einer Landesausstellung und bewirkt auch eine Kostendämpfung.

Landesausstellungen wurden unter der politischen Verantwortung des Landeskulturreferenten organisiert und abgewickelt. Die damit verbundenen Ablaufschritte und Entscheidungsstrukturen sind aus der Beilage 1 zum Bericht ersichtlich.

Landesausstellungen verfolgen nach Ansicht der Kulturdirektion die Hauptziele „Denkmalpflege“, „Volksbildung und wissenschaftlich-historische Aufbereitung verschiedener Themen“ sowie in weiterer Folge auch das Ziel der Wirtschafts- und Tourismusbelebung mit eindeutiger Priorität der kulturellen Zielsetzung. Diese Ziele wurden der Meinung der Kulturdirektion entsprechend im Wesentlichen erreicht.

Laut Kulturdirektion hat kein anderes kulturpolitisches Instrument einen so hohen Wirkungsgrad im Hinblick auf das Verhältnis Zielerreichung zu eingesetzte Mittel und ist daher in gleicher Weise für die Erfüllung des Kulturauftrages des Landes Oö. geeignet wie eine Landesausstellung.

- 1.2. Der behauptete, generell hohe Wirkungsgrad einer Landesausstellung als kultur-, bildungs- und wirtschaftspolitisches Instrument war für den LRH nicht so klar nachvollziehbar. Sicherlich leisteten die Landesausstellungen einen wertvollen Beitrag zur Erfüllung des Kulturauftrages. Landesausstellungen sind jedoch inzwischen stark etabliert und es entstand für den LRH der Eindruck, dass kaum mehr der Einsatz von alternativen wirksameren Strategien und Instrumenten erwogen wird.

Auch erschienen dem LRH die Kriterien für die Themen- und Standortauswahl („keine Landesausstellung darf der anderen inhaltlich, historisch und territorial gleichen“) eher dürftig und unbestimmt.

Das regelmäßige, 2-jährige Ausstellungsintervall wird seit 1992 vom Kulturreferenten vorgegeben. Diese Regelmäßigkeit lässt nach Meinung des LRH zu wenig Raum für strategische Überlegungen zur Wirkung und Zielerreichung der Landesausstellungen. Es stand nach Meinung des LRH daher bisher einer wirkungsorientierten Ausrichtung von Landesausstellungen entgegen.

Da weder klare Teilziele noch objektiv nachvollziehbare Messkriterien definiert wurden, konnte die instrumentale Wirkung von Landesausstellungen nicht beurteilt werden. Auch dies trug nach Meinung des LRH nicht gerade zum zielgenauen und effektiven Einsatz von Landesmitteln bei.

Der Mitteleinsatz könnte in seiner Wirkung transparenter gestaltet werden, wenn für Landesausstellungen ein strategisches Gesamtkonzept erstellt wird, in dem die Themen und Standorte nach definierten Kriterien auf ihre Eignung für eine Landesausstellung untersucht, bewertet und festgelegt werden¹. Dem LRH erscheint ein Thema bzw. ein Standort im besonderen Maße für eine Landesausstellung geeignet, wenn die Ziele Denkmalpflege, Volksbildung und wissenschaftliche Aufbereitung sowie Wirtschaftsbelebung in einem gleichmäßig hohen und wirtschaftlich vertretbaren Ausmaß realisiert werden können.

Kulturprojekte, die diese „strategische Vorprüfung“ nicht bestehen, dürfen im Sinne einer nutzen- und wirkungsorientierten Mittelverwendung nicht in Form einer Landesausstellung, sondern müssen einfacher und billiger realisiert werden (z.B. eine Denkmalsanierung mit ausgereifter Nachnutzung dieses Objekts ohne Landesausstellung).

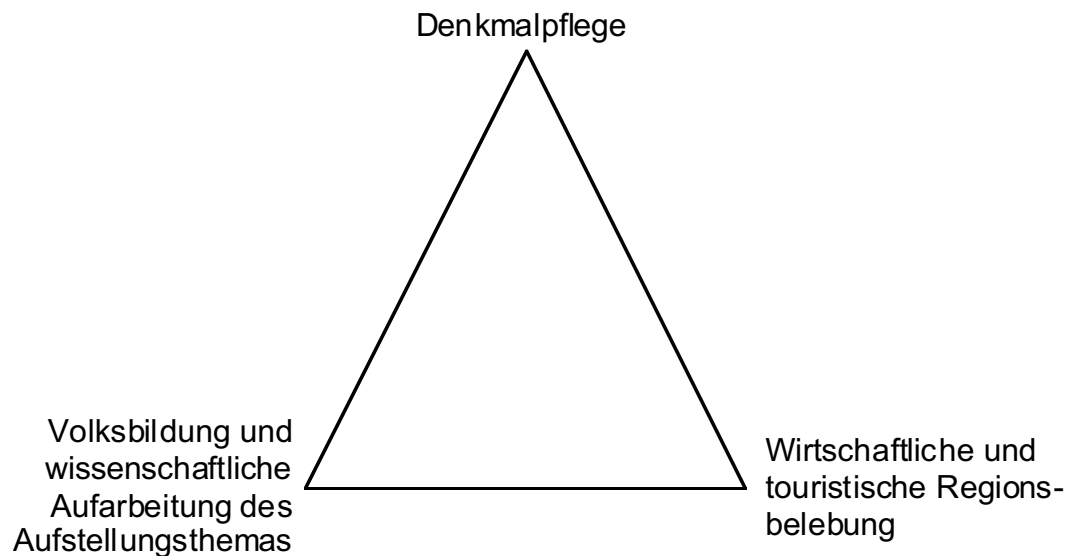
Zum Vorwurf, dass die Landeskulturdirektion kaum mehr den Einsatz von alternativen wirksameren Strategien in Erwägung zieht, verwies sie anlässlich der Schlussbesprechung darauf das Landesausstellungen durch Investitionen, Erhaltung und Belebung wertvoller Bausubstanz, das Regionale neuentstehende kulturelle und touristische Angebot und nicht zuletzt durch die Österreich weit im Durchschnitt höchsten Besucherzahl (laut Vorstudie des Inst. für Kulturwirtschaft- Prof. Mörth) einen hohen Wirkungsgrad aufweisen. Vor allem die Regionalausstellung 1998 war ein positiver Ansatz für neue Ausstellungs- und Kooperationsstrukturen. Daher sind in die Planung der LA 2002 Wahlhausen, LA 2004 „Österreicher und Bayern“ und LA 2006 „Kohle und Dampf“ auch neue Kooperationsformen, inhaltlich Ansätze und Schwerpunkte vorhanden. Daneben werden im Zusammenhang mit sogenannten „Themenjahren“ (Aufarbeitung eines kult. Rahmenthemas im ganzen Land) aber auch durch neue Formen der Zusammenarbeit mit dem Tourismus (LA 2002) sowie durch die eben beginnende Studie der Uni Linz neue Formen und Chancen für das Instrument LA entwickelt.

Das 2-jährige Ausstellungsintervall fußt nach Meinung der Landeskulturdirektion auf strategischen Überlegungen zu einer besseren inhaltlichen Vorbereitung, einer umfassenden Planung, einer innovativen und auch erlebnisorientierten Ausstattungs-gestaltung sowie neben einer allg. Qualitätsverbesserung entsprechend den Publikumserwartungen auch zu einer zeitlich gestreckten, medialen Aufbereitung des Themas bzw. der Öffentlichkeit. Gleichzeitig wurde damit eine Entlastung des Landeshaushaltes von einer jährlichen Spitzenbelastung im Ausstellungsbudget erreicht.

Teilziele sind bei allen Ausstellungen, je nach Thema, Ort, Gebäude und Anlass verschieden gewichtet und ihre Erreichung nachvollziehbar. Als objektive Maßstäbe der Zielerreichung dienen Besucherzahlen (im österreichischen Durchschnitt die höchsten!), Medienberichte sowie die nachhaltig wirkenden Investitionen in das Baukulturelle Erbe und die kulturtouristische Infrastruktur des Landes.

Ziele und Zielerreichung der Landesausstellungen 1998 und 2000

Wesentliche Elemente jeder Landesausstellung sind lt. Landeskulturdirektion die



Übergeordnetes Ziel jeder Landesausstellung war die möglichst ausgewogene Erreichung dieser Teilziele, mit einem möglichst effizienten Mitteleinsatz, wobei aus der Sicht der Landeskulturdirektion die „kulturellen Ziele“ (Denkmalpflege, Bildung, Landeskunde) vorrangig zu bewerten sind. Aus der Sicht des LRH wäre eine gleichrangige Behandlung des wirtschaftlichen Teilziels (volkswirtschaftliche Effekte der Landesausstellung) anzustreben.

Die Teilziele dieses „Zieldreiecks“ waren bei den einzelnen Landesausstellungen in unterschiedlichem Maße ausgeprägt bzw. verwirklicht:

Landesausstellung 1998

- 2.1. Nach Vorarbeiten und Bemühungen der lokalen Politiker im Raum Steyr-Kirchdorf, die Kultur und Wirtschaftsgeschichte der Eisenverarbeitung in Oö. den Menschen näher zu bringen, wurde 1990 der Verein Eisenstraße Oberösterreich mit dem Ziel gegründet, eine dezentrale Landesausstellung zum Thema „Eisen und Erz – Oberösterreichische Eisenstraße“ abzuhalten.

Das Projekt fand in der Öffentlichkeit starken Anklang. Die Bevölkerung war von Anfang an in die Konzeption der Landesausstellung eingebunden. Der Verein Eisenstraße organisierte gemeinsam mit der Bevölkerung 36 dezentrale Projekte zum Thema und fasste diese in einem Urkonzept, das in der Folge laufend verfeinert wurde, zusammen.

Im Endeffekt wurden um die 30 Projekte realisiert. Kern der Landesausstellung bildete die „Leitausstellung“ im Innerberger Stadl in Weyer. Nur die Leitausstellung wurde vom Land Oö., Kulturdirektion, konzipiert und selbst betrieben. Die anderen Projekte lagen in der Verantwortung der jeweiligen Projektbetreiber (Vereine, Privatpersonen, Gemeinden).

- 2.2. Nach Ansicht des LRH nahmen die Teilziele von Landesausstellungen bei der Landesausstellung 1998 in etwa den gleichen Stellenwert ein und wurden auch erreicht. Die weitläufige, dezentrale Struktur der Ausstellung war ideal um flächendeckend Wirtschaftsimpulse in der strukturschwachen Region Pyhrn-Eisenwurzen zu setzen und die Region nachhaltig touristisch zu vermarkten.

Das Thema der Ausstellung fand – wie rd. 600.000 Besucher belegten – großen Anklang, so dass das Ziel der Volksbildung und Wissensvermittlung als verwirklicht angesehen werden konnte.

Im Zuge der Ausstellungsgestaltung wurden einmalige Industrie- und Baudenkmäler in Stand gesetzt und für die Bevölkerung zugänglich gemacht.

Die revitalisierten Objekte wurden bis auf wenige Ausnahmen einer zweckmäßigen Weiternutzung in Form von Schaubetrieben, Museen, Ausstellungsräumlichkeiten usw. zugeführt, so dass die nachhaltige Wirkung dieser Landesausstellung gesichert wurde.

Landesausstellung 2000

- 3.1. 1992 suchte die Stadt Wels nach Möglichkeiten, das in ihrem Eigentum stehende, im Zentrum der Stadt gelegene Minoritenkloster grundlegend zu sanieren und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Als mögliche Nutzungsformen wurden ein Kongreßzentrum, ein Seminarhotel, ein gastronomisches Erlebniszentrum mit Geschäften und Hotelzimmern und eine reines Wohn- und Geschäftszentrum angedacht.

Ende 1993 wurde im Stadtsenat erstmals eine Bewerbung um eine Landesausstellung überlegt, in deren Mittelpunkt das Minoritenkloster stehen sollte. Deklariertes Ziel der Stadt Wels war „durch den Einbau von Wohnungen und Ausstellungs- sowie Veranstaltungsräumen eine Revitalisierung des Minoritenkomplexes und damit eine weitere Belebung der Altstadt herbeizuführen“.

Noch aus 1993 stammte die erste Konzeptidee mit dem Titel „Landesausstellung 2000 in Wels: Zeitenwende – Wertewandel“.

In der Folge trieb die Stadt Wels das Landesausstellungsprojekt zügig voran und sanierte das Minoritenkloster mit massiver Förderung des Landes (Förderungshöhe: S 74,5 Mio.). Gleichzeitig wurde die Landesausstellung unter der Federführung der Landeskulturdirektion konzipiert und das relativ einfache Urkonzept der Stadt Wels in einer Art „philosophisch – theologisch – geschichtstheoretischen Aufbereitung des Themas Zeit“ wesentlich erweitert. Die Landesausstellung sollte aufgrund der „Mystik“ der Zahl 2000 eine Ausstellung der besonderen Art werden und den Menschen in seiner aktiven wie passiven Rolle in Raum und Zeit sichtbar und erlebbar machen. Der Name der Ausstellung wurde in „Zeit – Mythos – Phantom – Realität“ geändert.

Mit der thematischen Erweiterung war ein wesentlich höherer Gestaltungsaufwand und mit der wissenschaftlichen Aufbereitung dieses abstrakten Themas ein gesteigener Ressourceneinsatz verbunden.

- 3.2. Nach Ansicht des LRH dominierten bei der Landesausstellung 2000 im oben genannten Zieldreieck die Denkmalpflege und die wissenschaftliche Aufarbeitung eines abstrakten Themas anlässlich des Jahrtausendwechsels. Mit der Ausstellung waren sicherlich auch wirtschaftliche Impulse für die Stadt Wels und deren unmittelbare Umgebung verbunden. Der LRH zweifelte allerdings die Notwendigkeit der Setzung von Wirtschaftsimpulsen in einer im Vergleich zu anderen Gebieten Oberösterreichs relativ hochentwickelten Region an. Vor allem aber musste die Nachhaltigkeit der Impulswirkung in Frage gestellt werden, da bis zum Prüfungszeitpunkt (Juni 2001) die Konzeption und Vermarktung des Veranstaltungsbereiches im Minoritenkloster noch immer nicht geklärt war.

Angesichts der fehlenden Ausgewogenheit der Grundziele dieser Landesausstellung stellte sich für den LRH die Frage, ob die mit dem Projekt ursprünglich verbundenen Ziele (Schaffung von Wohn-, Veranstaltungs- und Ausstellungsräumen; Revitalisierung des Klosters und Altstadtbelebung) nicht auch auf andere Weise und mit einem geringeren Mitteleinsatz hätten erreicht werden können.

Der LRH meint, dass ein abstraktes Thema wie die „Zeit“ nur im urbanen Raum die nötige Publikumsresonanz findet. Da Wels wirtschaftlich gut entwickelt ist, war die Notwendigkeit, durch eine Landesausstellung die regionale Wirtschaft zu beleben, in Wels nicht gegeben. Das Thema Zeit ist daher aus der Sicht des LRH für eine Landesausstellung nicht unbedingt geeignet. Damit eine Landesausstellung ihre optimale volkswirtschaftliche Wirkung entfalten kann, sollte sie mit einem möglichst zugänglichen Thema besser im strukturschwachen Wirtschaftsraum ausgerichtet werden.

- 3.3. *Aus der Sicht der Landeskulturdirektion war wirtschaftl. Belebung der Stadt Wels kein Vorrangiges Ziel. Am Nachnutzungskonzept des Minoritenklosters (Museum, Wohnungen, Veranstaltungen) hat sich nach Auffassung und Informationsstand der Landeskulturdirektion nichts geändert. Die Gewichtung der jeweiligen Nutzungsbereiche liegt im Verantwortungsbereich der Stadt Wels. Von der Nachhaltigkeit des Projektes ist angesichts der erfolgten Sanierung, Investition und Aufwertung des hist. Stadtkernes von Wels jedenfalls auszugehen.*

Bei der Landesausstellung 2000 in Wels zum Thema Zeit kann von einer Ausgewogenheit der Ziele ausgegangen werden. Die Ziele eines „kulturell wissenschaftlichen“ Akzentes zum „Millennium“ in einem internationalen Kontext, die Sanierung des hist. Klosterbezirkes und nicht zuletzt die Belebung und Aufwertung der Welser Altstadt (auch ein Wirtschaftsfaktor) scheinen mit der Landesausstellung 2000 erreicht.

Bei Bereitstellung eines anderen Ausstellungsgebäudes wären die Kosten der Gestaltung und des Betriebes nicht günstiger gelegen, auch eine von der Landesausstellung vollkommen losgelöste Sanierung des Minoritenklosters wäre für sich nicht billiger gewesen, mit der Landesausstellung als Startimpuls für das neuadaptierte Kloster waren jedoch Synergieeffekte zumindest was den Bekanntheitsgrad dieser neuen Einrichtung angeht, aber sicher auch in Bereichen der Innengestaltung zu erzielen.

Aus Sicht der Landeskulturdirektion war gerade das eher „abstrakte“ Thema Zeit für den „urbanen“ Raum Wels und somit für den gewählten Standort geeignet.

Wirtschaftliche Belegung des Standortes Wels war in diesem Fall von sicher untergeordneter Bedeutung.

Organisation und Abwicklung der Landesausstellungen

- 4.1. Landesausstellungen wurden von der Landeskulturdirektion organisiert und abgewickelt. Dafür stand in der Kulturdirektion ein kleiner Mitarbeiterstab zur Verfügung. Bei Bau- und Gestaltungsmaßnahmen wurden Bedienstete der Hochbauabteilung des Landes, die bei Einzelprojekten die Bauleitung und Bauüberwachung übernahmen, eingesetzt.

Aufgaben, die von diesem Mitarbeiterstab nicht professionell bewerkstelligt werden konnten, wurden zweckmäßigerweise ausgelagert. Die wissenschaftliche Vorbereitung und Aufbereitung der Ausstellungsthematik, die Erstellung des Marketingkonzeptes, und die Ausstellungsgestaltung wurden immer fremd vergeben.

Während die Abwicklung der Landesausstellung 2000 dem üblichen Standard für Landesausstellungen folgte, stellte die Durchführung der Landesausstellung 1998 durch die stark dezentrale Struktur (Koordinationserfordernis einer Vielzahl von verstreuten, eigenständigen Projektbetreibern) eine besondere Herausforderung dar. Sie bot für die Landeskulturdirektion die Chance, Erfahrungen bezüglich der Impulswirkung dezentral organisierter Landesausstellungen zu sammeln.

- 4.2. Der LRH stuft das schlanke Management für die Organisation und Abwicklung der Landesausstellungen grundsätzlich als effizient ein. Probleme könnten sich bei der zukünftigen Informationsweitergabe durch Ausfall der ohnedies knappen Personalressourcen ergeben. Die Dokumentation der Landesausstellung litt unter einer schlecht strukturierten und schwer nachvollziehbaren Systematik in der Aktenführung. Wegen der schwierigen Informations- und Datenbeschaffung verzögerte sich auch die Prüfung des LRH.

Im Sinne eines professionellen Ausstellungsmanagements war auch die Vergabe von Leistungen im wissenschaftlichen und gestalterischen Bereich unerlässlich. Der LRH bemängelte aber nach Durchsicht der zahlreichen Werkverträge, dass in diesen kaum klar definierte Zielvereinbarungen und Termine für Teilleistungen vereinbart wurden.

Die Lerneffekte aus Landesausstellungen hielten sich aus der Sicht des LRH in Grenzen, da es bisher keine ganzheitliche Evaluierung von Landesausstellungen gab. Nach Abschluss von Landesausstellungs-Projekten wurden nur Teilbereiche (z.B. Tarife, Werbekonzepte) auf ihre Stärken, Schwächen und Folgewirkungen untersucht. Die Chance, den Erfahrungsschatz in Bezug auf die Organisation und Abwicklung von Landesausstellungen zu vergrößern, war dadurch stark eingeschränkt. Nach Ansicht des LRH gibt es eine Vielzahl von ausstellungsübergreifenden Themen (z.B. Zusammenarbeit mit Sachverständigen, Lieferanten, wirtschaftliche Effekte, Qualität der wissenschaftlichen Arbeit und Arbeitsweise, Besucherresonanz), die von der Kulturdirektion einer umfassenden Evaluierung zugeführt werden sollten.

- 4.3. *Seitens der Landeskulturdirektion wird auf Aufzeichnungen betreffend Verbesserung der Ausstellungsorganisation, Resonanz in den Medien, Besucherstatistiken und Kostenverfolgung verwiesen. Die Erhebung wirtschaftl. Effekte in einzelnen Regionen erfolgt fallweise durch externe Auftragnehmer und ist unterschiedlich zu betrachten. Gerade die Erfahrungen bei der Landesausstellung 2000 haben zu einer völlig neuen Kooperation mit dem OÖ Tourismus bei der Landesausstellung 2002 geführt, die geplante Studie der Universität Linz (Prof. Mörth) hat als Hauptziel die „Touristische, ökonomische & regionalpolitische Nachhaltigkeit von Landesausstellungen in OÖ“ zu untersuchen und soll im Auftrag der Kultur- und Wirtschaftsreferenten neue Impulse und Strategien helfen.*
- 5.1. Bei der Landesausstellung 1998 „Land der Hämmer“ hatte der Verein „Eisenstraße Oberösterreich“ die Gesamtkoordination und die wissenschaftliche Betreuung der vielen Ausstellungsprojekte sowie die Beratung der Projektbetreiber übernommen.
- 5.2. Dieses Konzept hat sich nach Ansicht des LRH angesichts der dezentralen Struktur der Landesausstellung 1998 grundsätzlich gut bewährt. Der LRH bemängelte aber, dass die Beratungsleistungen für Projektbetreiber, die ein beim Verein Oö. Eisenstrasse eigens eingerichteter wissenschaftlicher Beirat durchgeführt hatte, zu wenig dokumentiert waren.

Kosten und Finanzierung der Landesausstellungen 1998 und 2000

Landesausstellung 1998

Kosten

- 6.1. Die Landesausstellung 1998 „Land der Hämmer“ verursachte dem Land Oö. Kosten in Höhe von rd. S 213 Mio.² Davon wurden rd. S 32 Mio. aus EU-Mitteln und Mitteln des Nationalparks Kalkalpen aufgebracht. Die Kostenbelastung für das Land OÖ betrug daher netto rd. S 181 Mio.

Diese Kosten gliederten sich in folgende Hauptbestandteile auf:

Kosten der Leitausstellung in Weyer	S 61,051 Mio.
Förderungsausgaben für Organisationsmaßnahmen des Vereines Eisenstraße Oö.	S 16,910 Mio.
Förderungsausgaben für diverse Projektbetreiber	S 135,391 Mio.
Summe	S 213,352 Mio.

Unter den „Kosten der Leitausstellung in Weyer“ sind die Investitionsförderungen für den Innerberger Stadl, die Ausstellungsgestaltung, die Bewerbung, die bewerteten Personalkosten für die Systemleistungen der Kulturdirektion und der Hochbauabteilung des Landes und sonstige Betriebskosten zusammengefasst. Die „Förderungsausgaben für Organisationsmaßnahmen des Vereines Eisenstraße Oö.“ kamen dem Verein Eisenstraße für die Koordination und Beratung der Einzelprojektbetreiber zu Gute. Die „Förderungsausgaben für diverse Projektbetreiber“ dienten der Finanzierung der zahlreichen dezentralen Ausstellungsprojekte.

- 6.2. Bei den Kostenerhebungen war der LRH vielfach auf Angaben mehrerer Abteilungen angewiesen, die in etlichen Fällen berichtigt werden mussten. Die Ermittlung der Kosten erwies sich als mühsam, da teils erhebliche Förderungsbeträge außerhalb des Kulturbudgets gewährt wurden. Außerdem verfügte die Landeskulturdirektion noch über keine Kostenrechnung und über kein professionelles Kostenmanagement, sodass sich die Kostenerhebungen auch in diesem Bereich auf die wesentlichen Faktoren beschränken mussten. Da entsprechende Grundlagen großteils fehlten, konnten die Personaleinsätze der Kulturdirektion und der Hochbauabteilung nur abgeschätzt bzw. annäherungsweise ermittelt werden.

Nach Ansicht des LRH wären die Verrechnung der Kosten und die Förderungen von Landesausstellungsprojekten möglichst konzentriert von einer Stelle wahrzunehmen. Zur effizienten Kostenverfolgung empfahl der LRH der Kulturdirektion, sich ehestens um die Einführung der Kostenrechnung zu bemühen und ein laufendes Projektcontrolling zu installieren. Um eine professionelle Projekt- und Förderungsabwicklung zu erreichen, sollte als erster Schritt die EDV-Anwendung auf breiter Basis forciert werden.

- 6.3. *Die Landesausstellung 1998 ist in ihrer Struktur, Finanzierung und Förderungsabwicklung als Ausnahme anzusehen. Grundsätzlich aber werden auf Grund einer Empfehlung des ehem. Landeskrolldienstes Bauinvestitionen im Ausstellungsgebäude durch Landesförderungen unterstützt und auch aus steuerlichen Gründen lediglich die eigentlichen Ausstellungsadaptierungen, Einrichtungen, PR und Betrieb direkt (aus dem Pflichtansatz) bezahlt.*

Die aus Förderungen und Pflichtausgaben resultierenden Gesamtsummen sind daher immer nur additiv feststellbar. Mittlerweile ist die EDV Ausstattung soweit komplettiert, dass eine interne Zusammenschau aller Projektrelevanten Ausgaben leichter möglich erscheint.

Finanzierung

- 7.1. Im Jahr 1996 war für Landesausstellung 1998 ein Finanzierungsanteil des Landes OÖ von ca. 2/3 der Gesamtkosten bzw. rd. S 199,1 Mio. vorgesehen. Diese Finanzierungssumme sollte zu
- 56 % aus dem Kulturbudget zu
 - 39 % aus anderen Budgetbereichen des Landes (Gewerbe, Gemeinden, Agrar.....) und zu

- 5 % aus Mitteln des Nationalparks Kalkalpen aufgebracht werden, der zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gegründet war, sodass erforderlichenfalls dieser Finanzierungsanteil zur Gänze aus Landesmitteln zu bestreiten gewesen wäre.

Der Vergleich von geplanter und tatsächlicher Finanzierung zeigte, dass sich die Finanzierungssumme des Landes inkl. Nationalpark auf rd. S 213,352 Mio. erhöhte und die Mehrausgaben von S 14,252 Mio. bzw. 7,16 % aus folgenden Budgetbereichen finanziert wurden:

Betrag in Mio. ÖS	Abteilung bzw. Förderstelle
10,362	Kultur
4,423	Gewerbe
-0,533	Sonstige Abteilungen (Gemeinden, Agrar, Bildung Jugend u. Sport, Bau-S, Naturschutz, Landesanstaltendirektion) und Nationalpark Kalkalpen
14,252	Gesamtsumme

In Summe wurde der Landeshaushalt durch diesen zusätzlichen Finanzbedarf nicht belastet. Durch die Aufnahme mancher Projekte in ein EU-Förderprogramm konnte das Land im Wege der Kofinanzierung EU-Mittel in Höhe von rd. S 22,216 Mio. vereinnahmen und an die Projektbetreiber weitergeben. Dadurch ist die Landesausstellung im Endeffekt für das Land um rd. 7,964 Mio. „billiger“ geworden.

Der zusätzliche Finanzbedarf ist hauptsächlich auf diverse Nachförderungen zur Ausfinanzierung von Projekten (ca. S 8 Mio.), auf die Aufnahme zusätzlicher Projekte (BMW und Knappenhaus ca. S 3 Mio.) und auf die Nachbewerbung der Tourismusregion (rd. S 3,6 Mio.) zurückzuführen.

- 7.2. Der LRH stellte die größten Finanzierungsabweichungen insbesondere bei der Ausfinanzierung der Projekte Wahlmühle Sierning, Sensenschmiede Micheldorf, Brunnbachschule Großramig und Museum Arbeitswelt Steyr fest. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass manche Projekte zum Prüfungszeitpunkt noch nicht zur Gänze ausfinanziert waren (Beispiele: Museum Arbeitswelt in Steyr, „Tal der Feitlmacher“ in Ternberg). Aufgrund fehlender Nebenaufzeichnungen war es der Kulturdirektion nicht möglich, einen summarischen Überblick über sämtliche Förderungsmaßnahmen zur Ausfinanzierung der im Zuge der Landesausstellung initiierten Projekte zu geben. Diese Tatsache ließ einen dringlichen Handlungsbedarf zum Aufbau eines professionellen Kosten- und Förderungsmanagement erkennen.

Einnahmensituation

- 8.1. Ohne die Finanzierungsbeiträge der EU und des Bundes schienen im Landeshaushalt Einnahmen für die Landesausstellung 1998 von rd. S 10,306 Mio. auf. Davon entfielen rd. S 8,643 Mio. auf Betriebserlöse (Eintritte, Katalogverkäufe, Sponsorbeiträge und Mieteinnahmen) und rd. S 1,663 Mio. auf Erlöse aus der Veräußerung nicht mehr benötigter Ausstellungsteile.

Mit den genannten Betriebseinnahmen konnten die Betriebsaufwendungen von rd. S 46,234 Mio.³ nur zu etwa 19 % abgedeckt werden.

- 8.2. Dem LRH war bewusst, dass bei Landesausstellungen eine Deckung der Betriebsausgaben durch Einnahmen kaum möglich ist. Er regte aber an, alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Deckungsgrad zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere die Gestaltung der Eintrittspreise, das Ausmaß der freien Eintritte, die Auflagezahl der Kataloge und das Ausmaß der PR-Ausgaben überdacht werden und die Kulturdirektion sollte sich verstärkt um Sponsoreneinnahmen bemühen.

Landesausstellung 2000

Kosten und Finanzierung

- 9.1. Im Gegensatz zur Landesausstellung 1998 ließen sich die Gesamtkosten der Landesausstellung in Wels 2000 leicht erheben, da es nur einen Förderungsempfänger (Stadt Wels) gab.

Im Zusammenhang mit der schon länger geplanten Generalsanierung des Minoritenkloster durch die Stadt Wels wurde auch das Konzept einer Landesausstellung realisiert. Die mit rd. S 140 Mio. veranschlagten Kosten der Generalsanierung werden sich voraussichtlich auf rd. S 149 Mio. erhöhen. Die Landeskulturdirektion hielt sich dabei an die ursprünglich vereinbarten, jährlichen Finanzierungsraten. Obwohl bis Stichtag 17.7.2001 erst Baukosten von rd. S 131,5 Mio. abgerechnet wurden, überwies das Land die aus Kultur- und Bedarfzuweisungsmitteln zugesicherten Investitionsbeiträge von S 74,5 Mio. bereits in voller Höhe.

Die Landesausstellung „Zeit – Mythos – Phantom - Realität“ selbst kostete rd. S 83,1 Mio. Diese Kosten wurden mit Ausnahme der Personalkosten aus Kulturmitteln getragen.

Insgesamt fielen beim Land im Zusammenhang mit der Landesausstellung 2000 daher Kosten von rd. S 157,569 Mio. an.⁴

Diese Kosten gliederten sich in folgende Hauptbestandteile auf:

Kostenbeiträge für die Sanierung des Minoritenklosters	S 74,500 Mio.
Ausstellungskosten	S 83,069 Mio.
Summe	S 157,569 Mio.

Die „Kostenbeiträge für die Sanierung des Minoritenklosters“ umfassen Kulturförderungsmittel von S 37,5 Mio. und Bedarfzuweisungsmittel von S 37 Mio. Die Ausstellungskosten beinhalten Einrichtungs- und Gestaltungskosten (rd. S 48,439 Mio.), PR-Kosten (rd. S 20,292 Mio.), Kosten für Systemleistungen der Kulturdirektion und der Hochbauabteilung (rd. S 4,45 Mio.) und sonstige Betriebskosten (rd. S 9,888 Mio.).

Die Sanierung des Minoritenklosters wurde im Vergleich zum ursprünglichen Finanzierungsplan mit zusätzlichen Bedarfzuweisungen von S 12 Mio. gefördert. Die

Kosten für die Landesausstellung selbst blieben weitgehend im veranschlagten Rahmen. Eine gravierende Ausnahme bildete die Kostenüberschreitung von rd. S 14 Mio. bei den PR-Maßnahmen. Diese hohe Kostenüberschreitung war offensichtlich auf das abstrakte Ausstellungsthema und das geringe Publikumsinteresse zurückzuführen. Dadurch mussten während der Ausstellung die Werbemaßnahmen laufend verstärkt werden.

- 9.2. Obwohl die Generalsanierung noch nicht abgerechnet und somit der genaue Finanzierungsbedarf noch nicht bekannt ist, wurden bereits alle Investitionszuschüsse (die zusätzlichen Bedarfszuweisungen von S 12 Mio. und die geplanten, restlichen Förderungsraten der Kulturdirektion von S 4 Mio.) an die Stadt Wels ausbezahlt. Der LRH kritisierte in diesem Zusammenhang das Fehlen einer dem Finanzierungserfordernis angepassten Mittelzuteilung.

Bei einer Förderung von Investitionen, die in zukünftigen Zeiträumen Rückflüsse erwarten lassen und daher eine Rendite aufweisen könnten, sollte in Hinkunft geprüft werden, ob anstelle der Hingabe eines verlorenen Landeszuschusses nicht einer zinsgünstigen Darlehensfinanzierung oder einer Mischform aus beiden Finanzierungsarten der Vorzug gegeben werden sollte. Diese Prüfung wäre nach Meinung des LRH auch beim Minoritenkloster mit dem integrierten Veranstaltungszentrum vorzunehmen gewesen.

Aus der Sicht des LRH wiesen die hohen PR-Kosten auf ein geringes Publikumsinteresse hin, das durch eine begleitende intensive Inseratenkampagne nachträglich geweckt werden sollte. Daher hat sich die Landeskulturdirektion um neue Wege in der Werbung bemüht und speziell auf das Ausstellungsthema zugeschnittene Maßnahmen gesetzt.

Einnahmensituation

- 10.1. Bei der Landesausstellung 2000 erwirtschaftete das Land Oö. in Summe Einnahmen von rd. S 5,851 Mio. Diese setzten sich aus Erlösen von Vermögensveräußerungen (nicht mehr benötigte Ausstellungsgegenstände) von rd. S 1,368 Mio., Einnahmen aus Eintritten von rd. S 3,880 Mio. und sonstigen Einnahmen von rd. S 0,603 Mio. zusammen.

Mit den genannten Betriebseinnahmen konnten die Betriebsaufwendungen von rd. S 34,630 Mio. (PR-Kosten von rd. S 20,292 Mio. und sonstige Betriebskosten von rd. S 14,338 Mio.) nur zu etwa 13 % abgedeckt werden.

- 10.2. Die Tatsache, dass der Deckungsgrad der Landesausstellung 2000 wesentlich geringer war als jener der Landesausstellung 1998, ließ den Schluss zu, dass die Ausstellung 2000 als Ganzes zu teuer war. Die Breitenwirkung war gemessen an den Eintritten bei der Landesausstellung 2000 auch wesentlich geringer als bei jener 1998 (rd. 696.000 Eintritte 1998 stehen rd. 162.700 Eintritte 2000 gegenüber).
- 10.3. *Die Landeskulturdirektion stellte fest, dass die Breitenwirkung gemessen am spezifischen Thema und Standort als gut und im Durchschnitt aller österreichischen Landesausstellungen liegend zu bezeichnen ist.*

Detailfeststellungen zum Landesausstellungsprojekt 2000 und zu einzelnen Projekten der Landesausstellung 1998

Von den rd. 30 externen Einzelprojekten wurden vom LRH 8 Projekte aufgrund erkannter Problemfelder und auf Basis der von der Kulturdirektion vorgelegten Akten und einer beim Verein Oö. Eisenstrasse eingeholten Information ausgewählt.

Auswahlkriterien waren:

- unklare oder fragliche Nachnutzung;
- Verhältnis der Projektkosten zur Förderungshöhe;
- Ausfinanzierungsprobleme und Finanzsituation bei den Projektbetreibern;
- Unklarheiten in Bezug auf das Projektkonzept.

Das Gesamtprojekt Landesausstellung 2000 wird in der folgenden Abhandlung wie ein Einzelprojekt der Landesausstellung 1998 behandelt.

Nachnutzungsproblematik

- 11.1. Die **BMW Motoren GmbH** hat den Betrieb der Ausstellung „Drehmomente“, der sich nicht nur auf Grund der unentgeltlichen Eintritte als Publikumsmagnet erwiesen hatte, bis Ende 2000 in unveränderter Form aufrecht erhalten. Anschließend wurden die Ausstellungsinhalte adaptiert und produkt- und unternehmensspezifischer gestaltet. Heute finden nur mehr Werksführungen für vorher angekündigte Gruppen statt. Die vorhandenen Ressourcen lassen lt. Auskünften von BMW Führungen für jährlich max. 11.000 bis 12.000 Besucher zu. Das Ausstellungsprojekt kostete rd. S 32 Mio. Das Land leistete dazu eine Förderung von S 4,5 Mio.

Die **Ausstellung „Tradition – Innovation“** in den, der Stadt Steyr gehörenden Betriebsräumlichkeiten der ehemaligen **Reithoffer-Werke** wurde vom Verein „Industrieforum Steyr“ bis Herbst 1999 betrieben. Ursprünglich beabsichtigte der Verein die für die Landesausstellung konzipierte Ausstellung als Dauereinrichtung weiter zu betreiben. Auf Grund des geringen Besucherinteresses wurde die Ausstellung im Jahr 2000 nicht mehr geöffnet. Um das Besucherinteresse wieder zu steigern, bemühte sich der Verein seit der Schließung um eine Umgestaltung der Ausstellung, welche bis dato wegen der geringen Eigenmittelausstattung und der nicht gesicherten Finanzierung scheiterte. Das auf S 30 Mio. geschätzte Ausstellungsprojekt, welches zum Großteil von der Stadt Steyr finanziert wurde, ist bis zum Prüfungszeitpunkt nicht abgerechnet worden.

Das inzwischen denkmalgeschützte Heizhaus der ehemaligen Steyrtalbahn (**Lokschuppen Klaus**) wurde im Zuge der Landesausstellung um rd. S 2 Mio. für Ausstellungszwecke generalsaniert. Seit Ende der Landesausstellung 1998 wurden vom Betreiberverein „Natur und Technik rund um den Klauser See“ keine Ausstellungsaktivitäten mehr gesetzt. Nach Angaben des Vereins sind erst 2003 wieder

Ausstellungen geplant, ein konkretes Konzept für die weitere Nutzung lag zum Prüfungszeitpunkt noch nicht vor.

Beim kommunalpolitisch umstrittenen, letztlich mit Stimmenmehrheit beschlossenen Projekt „**Wahlmühle**“ der Marktgemeinde Sierning handelte es sich um die Nutzung eines früheren Eiskellers einer Brauerei für kulturelle Zwecke. Die Räumlichkeiten wurden um rd. S 14,4 Mio. saniert und adaptiert. Bislang wurde kein schlüssiges Nachnutzungskonzept erarbeitet.

Im **Minoritenkloster in Wels** war von Anfang an eine Nachnutzung in Form der Wohnungsvermietung, des Betriebes eines Museums und eines Veranstaltungszentrums vorgesehen. Nachnutzungsprobleme ergaben sich mit dem Veranstaltungszentrum im sogenannten „Kirchenschiff“ im Hinblick auf die kulturelle Qualität des bisherigen, sporadischen Angebotes.

- 11.2. Zur **BMW Motoren GmbH** war festzuhalten, dass die Firma ohnedies die Errichtung eines Besucher- bzw. Kommunikationszentrums geplant hatte. Durch die von BMW betriebene nachträgliche Einbindung in das bereits fertige Landesausstellungskonzept konnte BMW Förderungsmittel des Landes in Anspruch nehmen. Die Nachnutzung, zu der BMW vertraglich vom Land nie verpflichtet wurde, lag nach Ansicht des LRH weniger im öffentlichen, kulturpolitischen Interesse der Landesausstellung als im Eigeninteresse der BMW Motoren GmbH. BMW profitierte stark von der Landesausstellung und hätte daher eher als Sponsor denn als Förderungsempfänger auftreten können.

Das Scheitern der Ausstellung und des Museumsbetriebes in den **Reithoffer-Werken** ist nach Ansicht des LRH auch darin begründet, dass außerplanmäßig notwendige Maßnahmen und der damit verbundene finanzielle Rahmen im ursprünglichen Konzept nicht angedacht wurden. Bei der geringsten Störung des geplanten Ablaufes war auf Grund einer minimalen Eigenkapitalausstattung das finanzielle Limit des Projektbetreibers erreicht. Der Verein wäre für alternative Maßnahmen wieder auf Subventionen der öffentlichen Hand angewiesen gewesen. Insofern hat sich die Vereinsführung korrekt verhalten, in dem sie durch Schließung der unrentablen Ausstellung einen weiteren finanziellen Schaden abwehrte.

Anhand des **Lokschuppens in Klaus** wurde für den LRH eine grundlegende Problematik im Verhältnis Landeskulturdirektion und Projektbetreiber sichtbar. Streng genommen waren die einzelnen Projektbetreiber der Landesausstellung 1998 nämlich nie zu einer zeitlich konkretisierten Nachnutzung verpflichtet worden. Dies wäre nach Ansicht des LRH jedoch unter Hinweis auf § 12 Abs. 1 lit. b der zum damaligen Zeitpunkt gültigen Förderungsrichtlinien des Landes OÖ unbedingt erforderlich gewesen.

Beim Projekt „**Wahlmühle**“ ist auf Grund der Uneinigkeit auf kommunaler Ebene ein schlüssiges Nutzungskonzept, geschweige denn ein sinnvolles Nachnutzungskonzept nie zustande gekommen. Immerhin konnte die Gemeinde Sierning aber eine Liste bisher sporadisch durchgeführter Veranstaltungen vorlegen.

Das Veranstaltungszentrum im **Minoritenkloster Wels** bietet Platz für rd. 300 Personen. Bisher wurden nur wenige Veranstaltungen durchgeführt, die kaum zur beab-

sichtigten Altstadtbelebung beitragen. Dies lag offensichtlich daran, dass für dieses kostenintensive Projekt die an der Nachfrage ausgerichteten Nutzungsmöglichkeiten in der Planungsphase nicht umfassend ausgearbeitet wurden. Nach Meinung des LRH wurden dadurch nicht nur die Förderungsauflagen nicht erfüllt sondern ist der Stadt Wels auch ein finanzieller Schaden entstanden.

Auftragsvergaben

12.1. Bei der Überprüfung der Vergabe von Lieferungen und Leistungen durch die externen Projektbetreiber (Einzelpersonen und Vereine) war bei den Projekten

- Nagelschmiede Dambach
- Nagelschmiede Losenstein
- Wahlmühle Sierning
- Knappenhaus Unterlaussa
- Tal der Feitlmacher, Ternberg

die Tendenz erkennbar, den lokalen (bzw. ortsansässigen) Anbieter bei der Vergabe zu bevorzugen. Dies ging so weit, dass mitunter auf die Einholung von Preisvergleichen gänzlich verzichtet wurde. Im Fall „Wahlmühle“ in Sierning wurde von einem übergangenen Bieter sogar eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Marktgemeinde eingebracht.

12.2. Der LRH konnte gerade deswegen, weil mitunter keine Preisvergleiche angestellt und dokumentiert wurden, einen wirtschaftlichen Schaden nicht nachweisen. Der Argumentation der Projektbetreiber, dass

- mit der Vergabe an den lokalen Anbieter letztlich Einsparungen verbunden waren, weil dieser viele unentgeltliche Zusatzleistungen im Interesse der örtlichen Gemeinschaft erbrachte;
- die Vergabe an Anbieter außerhalb der Region insofern kontraproduktiv ist, als das Ziel der Landesausstellung, die Region wirtschaftlich zu stärken, vereitelt würde und
- die vielen geringen Auftragsgrößen für Unternehmer außerhalb der Region wirtschaftlich nicht interessant wären

konnte sich der LRH aus prinzipiellen Überlegungen nicht anschließen. Die Erzielung eines volkswirtschaftlichen Nutzens für eine Region kann nicht dazu führen, dass die geltende Rechtslage missachtet wird.

Problematische Finanzsituation einzelner Projektbetreiber

13.1. Bei den 8 vom LRH ausgewählten Projektbetreibern war die Finanzsituation bei 2 Vereinen als problematisch einzustufen.

Obwohl für das Ausstellungsprojekt des Kulturvereins „**Heimspflege – Ternberg – Trattenbach**“ bereits vom Land nicht unbeträchtliche Nachförderungsmittel gewährt wurden, wies das Vereinskonto zum Prüfungszeitpunkt noch immer einen negativen Saldo von rd. S 1,5 Mio. auf. Der Verein konnte zwar den laufenden Betrieb der Ausstellung inklusive einer bescheidenen Instandsetzungsrücklage finanzieren, sah sich jedoch außer Stande, die aushaftenden Verbindlichkeiten aus eigener Kraft abzudecken.

Beim außerplanmäßigen, nachträglich in das Landesausstellungskonzept aufgenommenen Projekt „**Knappenhaus Unterlaussa**“ zeigten sich gravierende Mängel, die zu einer problematischen Finanzsituation des Vereins „Kulturinitiative Glück auf – Unterlaussa“ führten. Zum Stichtag 20.6.2001 verfügte der Verein zwar über ein Bankguthaben von rd. S 356.000,—, dies aber nur deshalb, weil von der Vereinsführung ein Privatdarlehen von S 900.000,— gewährt wurde. Bemerkenswert war, dass die Vereinsführung nicht in der Lage war, trotz mehrmaliger Aufforderung die für die Gewährung einer restlichen Förderung von S 500.000,— verlangten Unterlagen vorzulegen.

- 13.2. Die problematische Finanzsituation beim Kulturverein Trattenbach war nach Meinung des LRH primär auf eine Ausdehnung des Projektumfangs mit entsprechenden Mehrkosten zurückzuführen. Die für eine solche Maßnahme unabdingbare Anpassung der Finanzplanung wurde aber vernachlässigt, so dass trotz Nachförderung eine Finanzierungslücke gegeben war. Der LRH meinte, dass dieses seit der Landesausstellung unverändert mit Erfolg betriebene Ausstellungsprojekt inhaltlich geglückt ist und eine touristische Attraktion in dieser Region darstellt. Trotzdem sollte sich der Verein vorrangig um eine Erhöhung seiner Einnahmen und alternative Finanzierungsquellen (z.B. durch Verpachtung einzelner Projektsteile) bemühen, bevor ein Ansuchen um neuerliche Förderungsgewährung durch das Land positiv entschieden wird.

Die Kulturinitiative „Glück auf“ hatte zum Prüfungszeitpunkt keinen Überblick über die tatsächlichen Baukosten des Knappenhauses. Dem Verein wurde dringend empfohlen, seine problematische Organisation zu bereinigen und die finanziellen Verhältnisse alsbald zu ordnen.

Generell betrachtet, war in beiden Fällen der finanzielle Engpass auf eine geringe Eigenmittel-Ausstattung in Verbindung mit einer mangelnden Erfahrung des Projektbetreibers in der Projektplanung und/oder Projektabwicklung zurückzuführen.

Zusammenfassende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Landesausstellungen

- 14.1. Bei beiden Landesausstellungen (Land der Hämmer und Wels) wurden Kostenüberschreitungen von in etwa 7% bzw. rd. 21% verzeichnet.

- 14.2. Die Einführung bzw. Beachtung von Kosten- und Förderungsobergrenzen hätte nach Ansicht des LRH in Verbindung mit einer wirksamen Kostenüberwachung zur Kostendämpfung und zu einem wirtschaftlicheren Mitteleinsatz beigetragen.
- 14.3. *Die Landeskulturdirektion stellte dazu fest, dass die vereinbarten Förderungen mit einer Obergrenze versehen und der Höhe nach prinzipiell nicht veränderbar waren. In Fragen der Ausfinanzierung (Nachforderung) wurden jeweils neue Förderungsansuchen gestellt und erst nach einer neuerlichen Entscheidung weitere Förderungsbeträge ausbezahlt.*
- 15.1. Das Konzept der Landesausstellung 1998 sah von Anfang an 2 Nagelschmieden, jeweils bestehend aus einer Schauschmiede und einer Ausstellung vor. Das Ursprungskonzept dieser Landesausstellung wurde außerdem mehrfach abgeändert. Anstelle des ausgeschiedenen Projektes „Archäologiepark Enns“ wurden die wesentlich teureren Projekte „Knappenhaus Unterlaussa“ und „Drehmomente“ in das Konzept aufgenommen.
- 15.2. Der LRH sah keine Notwendigkeit, zwei in etwa gleichartige und geographisch benachbarte Projekte im Rahmen einer Landesausstellung zu präsentieren, zumal die Nagelschmiede in Dambach neu errichtet wurde und auf keinem historischen Bestand aufbaute.

Beim Knappenhaus Unterlaussa handelte es sich ebenfalls um keinen historischen Bestand sondern nur um den Nachbau eines historischen Knappenhauses. Die Ausstellung präsentierte den Bauxitabbau und hatte aus der Sicht des LRH daher nur einen mittelbaren Bezug zur Ausstellungsthematik „Eisen und Erz – Oberösterreichische Eisenstraße“. Überdies blieben die Besucherzuströme wesentlich unter den Erwartungen.

Die Ausstellung bei der BMW Motoren GmbH in Steyr sollte die Landesausstellung um zukunftsbezogene Aspekte bereichern, war aber insofern kontraproduktiv, als sie einerseits in starker Konkurrenz zu den Ausstellungen „Tradition – Innovation“ in den Reithoffer-Werken und „Glühendrot – krisenbleich“ im Museum Arbeitswelt stand und andererseits gratis besucht werden konnte. Der Landesausstellung entgingen dadurch Eintrittsgelder, welche die BMW Motoren GmbH offenbar aus Prestige Gründen nicht einheben und weiterleiten wollte.

Durch die nach Ansicht des LRH konzeptionell nicht notwendige Aufnahme der neuen Projekte wurden Möglichkeiten zur Kosteneinsparung nicht realisiert werden.

- 16.1. Die Vermarktungskonzepte im Zusammenhang mit den Landesausstellungen waren relativ detailliert und zielgruppenorientiert.
- 16.2. Nach Ansicht des LRH sollte bei der Vergabe von Werbeflächen – wie es bei den anderen Werbeaktivitäten der Landeskulturdirektion der Fall ist – künftig alle potentiellen Anbieter zur Anbotlegung eingeladen werden.
- 17.1. Während der Gestaltung und Einrichtung der Ausstellung in Wels erfolgten wiederholt Umplanungen, die aus der nicht optimalen Koordination zwischen den wissenschaftlichen Betreuern und dem Ausstellungsgestalter resultierten.

Dies hatte zur Folge, dass trotz ordnungsgemäß ausgeschriebener Leistungen wiederholt Nachtragsangebote und Regieleistungen in Anspruch genommen werden mussten. Dies traf vor allem auf die Ausschreibung von Tischler-, Schlosser-, Elektroinstallations- und Glaserarbeiten zu.

- 17.2. Durch eine ausgereifte Planung und ein koordiniertes Vorgehen wären präzisere Ausschreibungen der einzelnen Gewerke möglich gewesen, sodass zumindest teure Regieleistungen größtenteils zu vermeiden gewesen wären.
- 17.3. *Die Landeskulturdirektion stellte dazu noch fest, dass sie bemüht ist, diesem Kostenfaktor eine entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen. Allerdings ist es in künstlerischen Gestaltungsfragen mitunter notwendig, Änderungen im Sinne einer besseren Vermittlung und Visualisierung durchzuführen.*
- 18.1. Nicht alle österreichischen Bundesländer führten bislang Landesausstellungen nach dem oberösterreichischen Muster durch. In der Nachbarschaft von Oberösterreich kannten Niederösterreich und die Steiermark regelmäßige Landesausstellungen. Mit Niederösterreich wurde 2000 vereinbart, dass in Zukunft nicht beide Bundesländer im selben Jahr eine Landesausstellung abhalten.
- 18.2. Die Vereinbarung mit Niederösterreich hatte den Zweck, dass die Landesausstellungen zukünftig gegenseitig nicht in Konkurrenz treten. Für den Landesrechnungshof wäre aber schon in der Vergangenheit auch eine andere Vorgangsweise denkbar gewesen. Durch die Organisation von länderübergreifenden Ausstellungen hätten Synergien z.B. im Marketing und anderen Bereichen der gemeinsamen Projektabwicklung genutzt und Kosten eingespart werden können. Durch eine Ausweitung des Einzugsgebietes hätte eine wesentlich größere Zielgruppe angesprochen und damit der „Wirkungsgrad“ der Ausstellung zum allgemeinen Nutzen sowohl in wirtschaftlicher als auch pädagogischer Hinsicht gesteigert werden können.

2 Beilagen

Linz, am 28. August 2001

Dr. Helmut Brückner

Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Fußnoten:

- ¹ Mögliche Kriterien könnten die historische Bedeutung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und touristische Vermarktung der Region, die Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahmen an Denkmälern und der Erhaltung würdigen Objekten, die Eignung für Kooperationen etc. sein.
- ² Die Gesamtkosten für die Landesausstellung wurden anfänglich auf rd. S 302 Mio. (ohne Systemleistungen der Kulturdirektion und der Hochbauabteilung) geschätzt. Im Endeffekt war die Landesausstellung jedoch wesentlich teurer. Die Gesamtkosten wurden in einer von der Landeskulturdirektion bei der „Studia-Schlierbach“ in Auftrag gegebenen Arbeit mit rd. S 331 Mio. beziffert. Darin sind nicht nur die Kosten, die dem Land Oö. erwachsen sind, enthalten sondern auch die Eigenleistungen und Eigenmittel der Projektbetreiber sowie die direkt an die Projektbetreiber geflossenen Bundes- und Gemeindemittel.
Auf Grund des mit einer Totalerhebung der Kosten verbundenen außergewöhnlich hohen Aufwandes verzichtete der LRH auf eine Überprüfung der in der Studie genannten Kostenangaben.
- ³ Bestehend aus: Förderung für Organisationsmaßnahmen des Vereins Oö. Eisenstraße (rd. S 16,910 Mio.), Ausgaben für Werbung (rd. S 14,364 Mio.), sonstige Betriebskosten (rd. S 14,960 Mio.).
- ⁴ Darin sind die Kosten der Begleitveranstaltungen zum Thema Zeit in Höhe von rd. S 5,8 Mio. nicht enthalten.

Aktenvermerk

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Sonderprüfung,
Aktenzeichen: LRH-140005/12-2001-Gr

Ort und Datum: LRH, Schubertstraße 4, 4020 Linz, am 27. Juli 2001

Teilnehmer: WHR. Mag. Manfred Mohr, Landeskulturdirektor
HR. Dr. Reinhard Mattes, Landeskulturdirektion



Teilnehmer des LRH Ronald Gruber
Josef Binder
Reinhard Bauer
Martin Mühlbacher
Dr. Werner Heftberger

Dem Abteilungsleiter der Landeskulturdirektion sowie den angeführten weiteren Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Sonderprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich vorgetragen worden.






Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte übereinstimmende Auffassung erzielt werden, inklusive der im Gespräch vorgetragenen Änderungen. Die von den Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

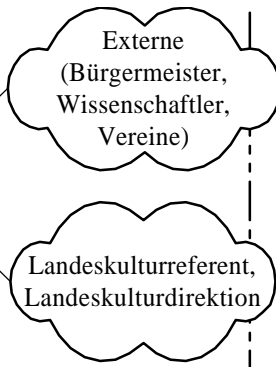
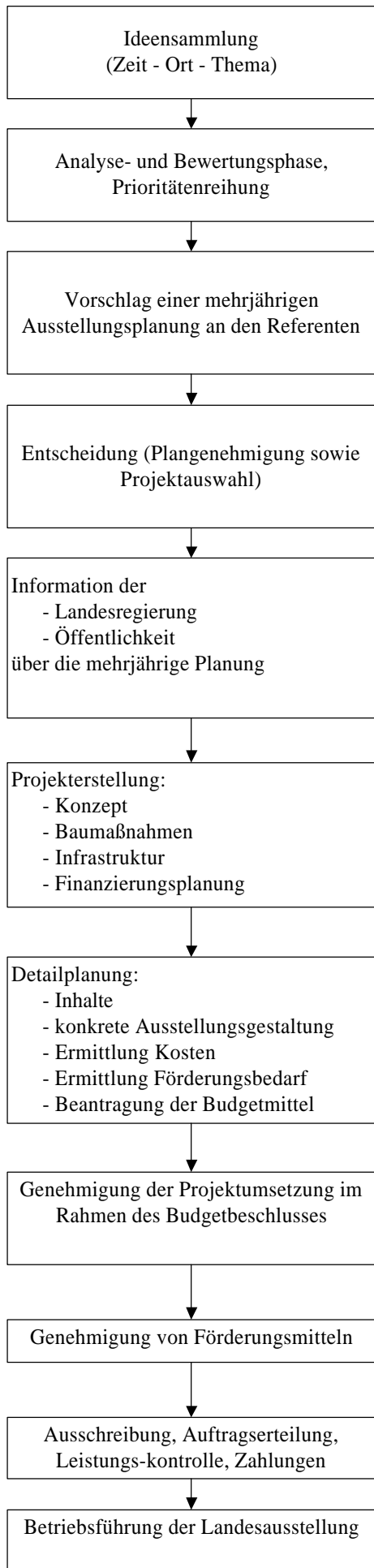
Die Teilnehmer:


.....
 12.8.01
.....
.....

Mitglieder des LRH:

 13.8.01
 13.8.01




Entscheidungsprozess (Ablaufdiagramm)



Durchführung (Entscheidungsebene)

